



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/91 - 19.4.1952

Kinweise
auf den Inhalt:

80NN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Keine gesamtdeutsche Gleichschaltung	S. 1
Eine dritte Front am Mittelmeer	S. 3
<u>Anhang:</u> Die Sozialdemokratie und die Gemeinden	

Provokatorische Einheits-Angebote

Von Willy Brandt, M.d.B.

Die Einheitspresse der Sowjetzone und ihre kommunistischen Ableger im westlichen Bundesgebiet machen seit einigen Wochen den Versuch, den Sozialdemokraten mehr oder weniger freundschaftlich auf die Schulter zu klopfen. Die Umschaltung erfolgte plötzlich auf die Schulter zu klopfen. Die Umschaltung erfolgte plötzlich. Nach der ersten sowjetischen Note bediente man sich gefälschter Äusserungen einzelner Sozialdemokraten, um sie gegen die "verräterische, imperialistenhörige SPD-Führung" auszuspielen. Im Laufe des Monats März hiess es dann, "unter dem Druck der Massen" sei auch die sozialdemokratische Führung zu ganz annehmbaren Stellungnahmen gelangt.

Erich Ollenhauer hat die kommunistischen Anbiederungsversuche in seiner Rede vor den führenden Körperschaften der SPD mit Verachtung zurückgewiesen. Die deutsche Sozialdemokratie ist durch die brutalen Verfolgungen in der Sowjetzone nicht zu beirren gewesen, sie lässt sich auch durch falsche Freundschaftsbeteuerungen nicht verwirren. Für die deutsche Sozialdemokratie ist das Ringen um die Wiedervereinigung heute wie gestern das nationalpolitische Anliegen Nr. 1. Aber sie ist heute wie gestern der Meinung, dass es sich dabei nur um eine Wiedervereinigung

in Freiheit handeln kann, und das heisst: Überwindung des SED-Regimes in der sowjetischen Besatzungszone. Darüber sind sich auch die massgebenden Leute in Ostberlin durchaus im klaren.

Die Frage ist nun, ob den Briefen der SED, den Kopien der KP und den dazugehörigen Reden eine andere Bedeutung beizumessen ist, als die einer Wiederbelebung der Einheitsfront-Taktik (- die der Begründer der Komintern als das Zusammenwirken zwischen dem Strick und dem Gehängten erklärt hat). Die SED-Führung dürfte wissen, dass die deutsche Sozialdemokratie dieser Taktik gegenüber gefeilt ist. Es ist aber durchaus möglich, dass die Ulbricht-Clique, die sich vor einer wirklichen Änderung der sowjetischen Deutschlandpolitik fürchtet, weiterreichende Ziele mit ihren Einheits-Angeboten verfolgt.

Diese Leute wissen, dass es im deutschen (und im ausserdeutschen) Westen eine weitverbreitete Angst vor einer kommunistischen Infiltrierung im Falle der Wiedervereinigung gibt. Die Spuren von Prag schrecken. Vielleicht liegt es Ulbricht und seinen Leuten gerade daran, diese Angst zu stärken?

Die bürgerlichen Kräfte im deutschen Westen stellen sich allerdings kein gutes Zeugnis aus, wenn sie auf das provokatorische Manöver hereinfallen und sich den Kopf darüber zerbrechen, was wohl passieren würde, wenn die Sozialdemokraten "mit Unterstützung der Kommunisten" über eine Mehrheit in der Nationalversammlung verfügten. Erstens haben wir leider noch keine Nationalversammlung, Zweitens wird es ein Abhängigkeitsverhältnis der SPD von der KP nicht geben, morgen so wenig wie heute. Gewiss würde die Wiedervereinigung bedeuten, dass sich kleine Sondergruppen von ihren lieb gewordenen Vorstellungen und Sonderrechten trennen müssten. Für die erdrückende Mehrheit des Volkes aber würde ein neuer Tag beginnen.

Dieser erdrückenden Mehrheit unseres Volkes fühlt sich die Sozialdemokratie verantwortlich als jene politische Bewegung, die mehr als irgendeine andere ihre Erfahrungen mit dem kommunistischen Regime gemacht hat - und die sie nicht ungenutzt gemacht. Die Sozialdemokraten haben nach 1945 einen Fall gegen die kommunistische Zersetzung des deutschen Westens aufgerichtet, sie sind gegen Infiltrierungsversuche geeicht. So entschieden die SPD für eine gesamtdeutsche Lösung fight, so kompromisslos wird sie eine gesamtdeutsche Gleichschaltung zu verhindern wissen.

Franco und das Kalifat von Cordoba

Von unserem spanischen R.R.-Korrespondenten

Anlässlich der Rundreise des spanischen Außenministers Martin Artajo in den Hauptstädten der arabischen Staaten des Nahen Ostens hat General Franco eine Art Botschaft an die arabischen Völker gerichtet, die ausserhalb Spaniens nur sehr unvollkommen wiedergegeben wurde.

Stil und abfassung dieser Botschaft verraten deutlich, dass der spanische Staatschef nicht der alleinige Verfasser dieses Schriftstücks ist. Obwohl die spanische Geschichtsschreibung die Austreibung der muselmanischen Mauren aus Spanien im allgemeinen als einen Kreuzzug des Christentums und einen Sieg der westlichen Zivilisation darzustellen pflegt, hat man es sich diesmal in Madrid nicht nehmen lassen, die aus jahrhundertlangen Kriegen angeblich erwachsene "Gemeinschaft" der arabischen Völker und Spaniens zu unterstreichen. Man vermeint fast eine gewisse deutsche Blut- und Bodenliteratur in spanischer Sprache vor Augen zu haben, wenn man im Urtext dieses Aufrufs die wiederholten Erinnerungen an die "Blutbände" zwischen Spanien und der gesamten arabischen Welt liest.

Auch das Kalifat von Cordoba wird nicht vergessen. Jene sagenhafte Geschichtsepochen Spaniens ist zwar schon mehr als siebenhundert Jahre alt, und die Intoleranz der christlichen Wiederoberer jener Zeit hat nur wenige der Schriftdenkmäler dieser, an sich gewisse interessanten, Zeit übrig gelassen. Doch das stört den "Führer" Spaniens - der sich am Schlusse des Dokuments ausdrücklich als solcher vorstellt - keineswegs. Er rühmt daher in superlativen Ausdrücken die unerhörte Blüte arabisch-spanischer Kultur im Kalifat von Cordoba, die aus ihrer Zeit stammenden Bauten und unterstreicht mit Nachdruck, dass Jahrhundertgemeinsamen Lebens unvergängliche Spuren in spanischen Landen hinterlassen haben.

In Spanien liest man die Geschichte ein wenig anders und wenn irgendetwas die republikanische Bevölkerung Spaniens in den Jahren nach 1934 tief erregt hatte, so war es gewiss die Verwendung marokkanischer Söldnertruppen gegen Spanier anlässlich des asturischen Bergarbeiteraufstandes im Oktober und noch mehr während des

Bürgerkrieges 1936-1939. Doch wer die Staatsmacht auf totalitäre Weise in den Händen hält, der braucht sich an solchen Kleinigkeiten nicht zu stören. Das Kalifat von Cordoba als Zeugnis arabisch-spanischer Gemeinsamkeit ebenso wie die marokkanische Waffenhilfe im Bürgerkrieg, alles muss erhalten, um den Arabern um den Bart zu gehen.

Franco fühlt sich sogar bewässigt, eine neue, eine religiöse Gemeinsamkeit zwischen der arabischen Welt und Spanien zu entdecken. Er ruft die Araber auf, mit Spanien eine gemeinsame Front zur Erhaltung des religiösen Gefühls und der spiritualistischen Lebensauffassung herzustellen. Es gelte - so sagt das Manifest - den gottlosen Materialismus zu bekämpfen.

Obwohl dieser Appell an den religiösen Idealismus wahrscheinlich in den politischen Kreisen der Länder der arabischen Liga nicht allzusehr anspricht, so kann dennoch nicht geleugnet werden, dass die Erwähnung des muslimischen Spaniens im Mittelmeer stets sehr empfindsame Gefühlsseiten in der muslimischen Welt anschlägt, die trotz aller Modernisierung immer noch in den Traditionen der Blütezeit der arabischen Expansion in Nordafrika und Spanien lebt. Hauptzweck dieser theatralischen Aktion ist offensichtlich, die militärisch schwachen Mittelmeerstaaten zu einem Block zusammenzufassen, der gegenüber den Weststaaten und dem Ostblock eine Art dritte Front zu errichten berufen sein soll.

+ + +

" N A T Ü R L I C H ! "

Als vor einem Jahr das Ausstellungsgelände des "Festival of Britain" am Themseufer aufgebaut wurde, fiel einem der am Tor wachhabenden Polizisten ein Mann auf, der häufig eine hoch mit Stroh beladene Schubkarre aus der Baustelle herausfuhr. Voller Verdacht, dass hier irgendeine Dieberei vor sich ginge, untersuchte der Hüter des Gesetzes (und des Staatssäckels) die Strohladung viele dutzend mal, doch konnte er niemals Diebesgut unter dem Stroh finden.

Kürzlich traf nun der betreffende Polizist denselben Arbeiter in einer Wirtschaft und fragte ihn, ob er jetzt, wo das Fest vorbei sei und kein Bahn mehr danach krähe, ihm nicht zur Stillung seiner ausserdienstlichen Neugier sagen wolle, was er denn damals immer geklaut hätte.

Die Antwort war: "Schubkarren natürlich!"

-FF-

Verantwortlich: Peter Raunau

Deutsche Einheit - ein europäisches Ziel

Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, E. Ollenhauer, auf der kommunalpolitischen Tagung in Frankfurt

Es ist die zwangsläufige Folge der Entwicklung seit dem Ende des Dritten Reiches und der nationalen Katastrophe, in die es das deutsche Volk gestürzt hat, dass die Fragen der Aussenpolitik immer wieder beherrschend in den Vordergrund treten. Das deutsche Volk muss wieder seinen Platz finden in der Gemeinschaft freier und friedlicher Völker. Für uns Sozialdemokraten ist der Weg zu diesem Ziel bestimmt durch zwei zentrale Aufgaben. Die erste ist die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit mit friedlichen Mitteln und die zweite ist die Eingliederung des deutschen Volkes in eine europäische Gemeinschaft von Freien und Gleichen.

Die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist ein deutsches und europäisches Ziel. Jeder Versuch, Europa zu einigen, bleibt Stückwerk, wenn er nicht alle Völker Europas umfasst und wenn er nicht ein geeintes Deutschland einschliesst. Europa kann und darf nicht an der Elbe enden.

Jede Möglichkeit benutzen

Die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit mit friedlichen Mitteln ist die Verständigung zwischen den vier Besatzungsmächten über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung auf der Basis von freien Wahlen in allen vier Zonen und Berlin. Es gibt jetzt ein Viermächtegespräch über dieses Problem. Die Erfahrungen mit der bisherigen Politik der Sowjetunion in Deutschland und in der Welt rechtfertigen keinen billigen Optimismus, und zwischen den Vorstellungen des demokratischen Sozialismus und des Kommunismus gibt es keine Gemeinsamkeiten. Aber im Interesse des deutschen Volkes und des Friedens haben wir die Pflicht, jede Möglichkeit für eine friedliche und demokratische Regelung zu untersuchen und - wenn sie gegeben ist - ohne Verzögern zu benutzen. Vor allem ist eine Politik unverzichtbar, die ohne Rücksicht auf die Chance einer Wiedervereinigung hier in der Bundesrepublik und in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Westen Tatsachen schafft, die die Wiedervereinigung hemmen oder der Sowjetunion das Ziel der deutschen Einheit als ihre Propagandawaffe in die Hände spielen.

Die deutsche Einheit in Freiheit ist nicht nur die Voraussetzung für die Befreiung der 13 Millionen Deutschen in der Sowjetzone von der Diktatur der SED, sie ist auch ein entscheidender Faktor in der Politik der Erhaltung des Friedens. Kann dieses Problem auf friedlichem Wege unter demokratischen Voraussetzungen gelöst werden, bedeutet ein solcher Erfolg eine wesentliche Entspannung der internationalen Lage.

Gelingt es nicht, bleibt es bei der Spaltung Deutschlands, dann sind nicht nur wir, sondern alle Völker der Welt um eine grosse Hoffnung ärmer. Diese Aussicht rechtfertigt eine grosse Anstrengung bei dem Versuch, die Absichten der vier Besatzungsmächte in der Frage der deutschen Einheit zu klären.

Restauration beherrscht deutsche Innenpolitik

Nach meiner Überzeugung ist die Frage der deutschen Innenpolitik, vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und der Steuerpolitik und auf dem Gebiet der Sozialpolitik von der gleichen schicksalhaften Bedeutung für die Zukunft der deutschen Demokratie.

Man spricht heute soviel von der Notwendigkeit der Verteidigung der demokratischen Freiheiten. Wir Sozialdemokraten haben in den Jahren seit 1945 durch unser Verhalten nicht nur bewiesen, dass wir gegen den neuen Totalitarismus des Kommunismus immun sind, sondern dass wir ihn auch aktiv zu bekämpfen wissen. Wenn es heute zwischen Elbe und Rhein in einem entscheidenden Teil Mitteleuropas keine kommunistischen Massenbewegung gibt, dann ist das nicht zuletzt das Resultat der sozialdemokratischen Politik.

Auf die Dauer hängt aber die Existenz und die Krisenfestigkeit der deutschen Demokratie nicht von den Erfolgen gegen die antidemokratischen Kräfte von rechts und links ab. Ihr Schicksal wird entschieden werden von dem Ausmass der sozialen Sicherheit, das wir den schaffenden Menschen unseres Volkes zu geben vermögen. Hier ist seit 1949 nichts Entscheidendes geschehen. Die restaurativen Kräfte beherrschen die deutsche Innenpolitik mit einer selbst in dieser Zeit ungewöhnlichen Brutalität.

Eine nationale Existenzfrage

Es geht hier nicht um Parteiziele, es geht um eine nationale Existenzfrage. Man kann das soziale Chaos, das der Krieg und seine Folgen in Deutschland geschaffen haben, das ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik von heute jeder gesicherten Existenzgrundlage beraubt ist, nicht mit Ignoranz aus dem Dasein unseres Volkes verbannen. Wir müssen das Problem lösen, und wir können es nur lösen, wenn wir bereit sind, durch entscheidende Änderungen in den Besitz- und Organisationsverhältnissen unserer Grossindustrien, durch Planung und Lenkung unserer Produktion die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in diesem Deutschland alle Menschen zu einem sozial gesicherten Dasein kommen.

Es ist die Tragik in der kurzen Geschichte der Bundesrepublik, dass wir keine gemeinsame Basis zur Liquidierung der ökonomischen und sozialen Folgen der letzten Vergangenheit gefunden haben. Tragisch im Hinblick auf die Millionen von Menschen, die die Leidenden sind und tragisch im Hinblick auf die gigantischen Aufgaben der Neuordnung, die vor uns liegen.

Die Grösse dieser in die Zukunft gerichteten Aufgaben wird besonders deutlich aus dem Blickfeld der kommunalpolitischen Praxis. Hier werden zuerst und entscheidend die Grundlagen für eine neue demokratische und soziale Ordnung geschaffen.

Für die deutsche Sozialdemokratie ist die Erkenntnis nicht neu. Die Geschichte unserer Partei ist reich an praktischen Beweisen für unsere positive Einstellung zur kommunalen Arbeit und vor allem

zur kommunalen Selbstverwaltung. Die Leistungen sozialdemokratischer Kommunalpolitiker in der Weimarer Republik gehören zu den dauernden Erfolgen des ersten Versuches des deutschen Volkes zu einer demokratischen Gestaltung seines Schicksals.

Vor grossen Aufgaben

Heute stehen wir vor ungleich schwereren und grösseren Aufgaben als in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Die deutschen Gemeinden sind von den Zerstörungen des Krieges am härtesten betroffen worden. Sie standen unmittelbar vor der Aufgabe, die öffentlichen Versorgungsbetriebe, Verkehr und lokale Verwaltung wieder in Gang zu setzen, die Trümmer zu beseitigen und den Menschen wieder Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, Kulturstätten aller Art zu schaffen. Sie wissen, welche übermenschliche Aufgabe hier gegeben war und wie weit wir noch von ihrer Lösung entfernt sind. Wenn aber heute unsere zerstörten Städte und Gemeinden in neuen Formen wieder entstehen, dann steckt auch in diesem Werk ein bedeutendes, ja oft entscheidendes Stück sozialdemokratischer Aufbaupolitik.

Es wird noch lange Jahre dauern, ehe alle Wunden des Krieges verheilt und vergessen sind. Aber es ist heute schon unsere Pflicht, diesen Aufbau zu leisten nicht nur mit dem Ziel, das Zerstörte wieder aufzubauen, sondern auf den Trümmern Neues zu gestalten.

Das Bekenntnis der Sozialdemokratie zur kommunalen Selbstverwaltung beruht aber nicht nur in der Erkenntnis, dass eine Partei, die durch Tradition und Zielsetzung die Partei der wirtschaftlich Schwachen ist, in erster Linie auf der Basis der unmittelbaren Berührung von Verwaltung und Bürger, auf der Ebene der Kommunalverwaltung, für eine gerechte und soziale Ordnung wirken muss.

Für uns Sozialdemokraten ist die Demokratie mehr als ein Mittel des politischen Kampfes für die Durchsetzung unserer sozialistischen Ziele. Für uns sind Demokratie und Sozialismus Teile eines Ganzen. Das verpflichtet uns, die Demokratie lebendig zu gestalten und auszubauen. Ein demokratischer Staat ist ohne die breite und starke Basis einer kommunalen Selbstverwaltung nicht möglich. Sie muss erhalten und gestärkt werden. Sie ist nicht die unterste Stufe des demokratischen Gemeinwesens, sie ist die lebensnotwendige Basis.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat dem Staat und der öffentlichen Verwaltung im Ganzen eine Fülle neuer Aufgaben überwiesen. Er ist im wirtschaftlichen und sozialen Leben ein entscheidender Faktor geworden. Die Übernahme dieser neuen Verpflichtungen ist eine begriffenwerte Entwicklung. Eine Politik der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit, die uns allein den Aufbau einer krisenfesten Demokratie ermöglichen werden, ist ohne Eingriffs- und Lenkungsmöglichkeiten des Staates nicht durchführbar.

Gefahren der Bürokratisierung

Die Ausweitung dieser öffentlichen Funktionen und Aufgaben birgt aber auch die Gefahr einer Bürokratisierung der Demokratie und einer wachsenden Entfremdung zwischen Volk und Staat in sich. Dieser Gefahr müssen gerade wir mit aller Kraft entgegenwirken.

Die Möglichkeiten einer ständigen, lebendigen Verbindung zwischen Bürger und Verwaltung sind auf der kommunalen Ebene besonders gross.

Eine gesunde kommunale Selbstverwaltung, aufgebaut auf der ständigen, breiten Mitarbeit der Bürgerschaft ist eine Lebensnotwendigkeit für jede moderne Demokratie. Auf der kommunalen Basis kann die demokratische These von der Gemeinsamkeit der Interessen des einzelnen und der Gemeinschaft viel deutlicher gemacht werden als in den Beziehungen zwischen Einzelwesen und Staat. Auf der kommunalen Ebene kann das demokratische Bewusstsein am besten entwickelt werden, das ja nicht nur das Recht der Mitbestimmung und der Kritik umfasst, sondern auch die Pflicht zur Mitarbeit und zur Mitverantwortung.

Mehr als wir es wissen oder wahrhaben wollen, sind wir in Bezug auf diese Lebensnotwendigkeiten einer Demokratie noch belastet mit der unseligen Periode der zwölf Jahre. Grosse Teile unseres Volkes sind auch heute noch allzusehr bereit, sich von oben regieren zu lassen. Wir werden diese Erbschaft allein mit Ermahnungen und pathetischen Beschwörungen nicht überwinden können. Wir müssen es durch das praktische Beispiel tun.

Erhöhte Verantwortung

Diese Notwendigkeit schliesst auch eine erhöhte Verantwortung der Sozialdemokraten ein, die in der Kommunalverwaltung und in den kommunalen Parlamenten tätig sind. Wer von einer demokratischen Institution in ein öffentliches Vertrauensamt gewählt wird, hat in diesem Amt das Gesamtinteresse der Gemeinschaft zu vertreten. Er hat es aber als Sozialdemokrat zu vertreten, denn Freund und Feind vergessen nicht, dass er Sozialdemokrat ist. Die gute oder schlechte Qualität sozialdemokratischer Kommunalpolitik oder das gute oder schlechte Beispiel sozialdemokratischer Kommunalpolitiker spielen bei den politischen Entscheidungen der Menschen auch über den Rahmen kommunaler Wahlen hinaus eine viel grössere Rolle, als wir uns selbst immer bewusst sind.

Das ist richtig, denn heute schon und - wenn wir weiter voran kommen, morgen noch mehr - werden wir auf der kommunalen Ebene wichtige Teile unserer kommenden sozialistischen Gesellschaft praktisch zu gestalten haben. Der Erfolg dieser Aufgabe wird abhängen von der sachlichen Leistung und von der menschlichen Qualität, die wir dabei in die Wagschale werfen können.

Unsere Partei steht vor einer der grössten Aufgaben, die ihr in ihrer bisherigen Geschichte gestellt wurden. Sie muss die Formen der neuen Gesellschaft, die wir aufbauen wollen, so erarbeiten, dass wir mit konkreten und lebensfähigen Vorstellungen an unsere Aufgabe gehen können, wenn wir die Macht dazu haben. Das ist eine geistige und eine praktische Aufgabe. Das Können und Wissen unserer Kommunalpolitiker, unsere Erfahrungen und unsere Experimente auf der kommunalpolitischen Ebene können und müssen uns dabei Hilfe leisten. Das ist der Teil der Leistung, die die Gesamtpartei von unseren Kommunalpolitikern erwartet.